

Odenwald: Kreistag beschließt Etat



© Manfred Giebenhain

Der Haushaltsplan steht, doch zufrieden sind die Parlamentarier nicht, weil nur der Griff in die Rücklagen das Zahlenwerk genehmigungsfähig macht.

ODENWALDKREIS/REICHELSCHEIM. Der Odenwälder Kreistag die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan für das laufende Jahr mit großer Mehrheit auf den Weg gebracht. Bereits in der Aussprache zeichnete es sich ab, dass außer der regierenden Koalition aus SPD, ÜWG und FDP auch die CDU dem Entwurf von Landrat Frank Matiaske (SPD) zustimmen würde. Hinzu kam die Stimme eines fraktionslosen Abgeordneten, aus deren Reihen kein weiterer an der Sitzung in der Reichenberghalle teilgenommen hat.

Widerspruch gab es allein von der Grünen-Fraktion, deren fünf Vertreter auch gegen den Investitionsplan sowie gegen die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs Bau- und Immobilienmanagement und des Beruflichen Schulzentrums Odenwaldkreis (als Anstalt des öffentlichen Rechts) gestimmt haben.

Prognostizierter Jahresverlust von sechs Millionen Euro

Freude über das eindeutige Ergebnis wollte in der von Rüdiger Holschuh (SPD) geleiteten Sitzung dennoch nicht aufkommen. Allzu sehr beschäftigten die Abgeordneten sich mit den Rahmenbedingungen, unter denen die kommunale Finanzausstattung bereits seit etlichen Jahren leidet. Die Kritik an einem Haushalt, der mit einem prognostizierten Jahresverlust von rund sechs Millionen Euro an den Start geht, richtete sich an die Adressen der Landes- und Bundesregierung, die zusammen mit immer mehr Pflichtaufgaben den Landkreisen zusetzen.

Beide übergeordneten Ebenen wurden dafür verantwortlich gemacht, dass „sich der negative Trend der vergangenen Jahre leider fortsetzt“, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Raoul Giebenhain. In diesem Jahr stehen Erträgen von 214,8 Millionen Euro Aufwendungen von 220,6 Millionen gegenüber. Im zurückliegenden Jahr lag das Defizit bereits bei 3,2 Millionen Euro. Erneut müssen Rücklagen aufgebraucht werden, um eine Genehmigung für den Haushalt zu erhalten.

Zweifel, ob Höhe der Kreisumlage zu halten ist

Folglich waren Abstimmungsgespräche erforderlich, was zur späten Einbringung des Entwurfs Anfang März geführt habe. Umso deutlicher fiel das Lob aus, dass der Haushalt ohne Erhöhung der Kreis- und Schulumlage auskomme. Ob dies auch bereits im nächsten und in den kommenden Jahren noch möglich sein wird, daran hat der Fraktionsvorsitzende der ÜWG, Georg Raab, seine Zweifel. Er berief sich auf die Ausführungen des Darmstädter Regierungspräsidiums (RP) in Zusammenhang mit der wiederholten Stammkapitalerhöhung der Gesundheitszentrum Odenwaldkreis (GZO) GmbH durch Kreismittel. Außergewöhnliche Belastungen wie diese sollen weitestgehend ausgeschlossen werden, schreibt das RP. Raab befürchtet, dass dem Kreistag damit nur noch die Wahl zwischen Verkaufen und Erhöhung der Kreisumlage bleiben werde.

Doch den Kommunen geht es keinen Deut besser. „Betrachtet man den kommunalen Finanzausgleich, so wird deutlich, dass der ländliche Raum total unterfinanziert ist“, so Raab. Giebenhain skizzierte die Entwicklung am Beispiel der Gemeinde Brombachtal, die „mit einer Erhöhung der Grundsteuer B auf 1050 Prozentpunkte eine vor Jahren noch unvorstellbare Schallmauer durchbrochen“ habe. Immer weiter die Bürger die Zeche zahlen lassen, führe unweigerlich zur Zunahme des Unmuts über „die Politik“. Den Verlustausgleich im Kreishaushalt über die angesparten Reserven vorzunehmen, bezeichnete Giebenhain als „letzten Strohalm“. Die Ansparungen bezifferte er auf rund sieben Millionen Euro.

Vorwurf: Ländlicher Raum ist weit unterfinanziert

Mit diesem Haushalt werde das als „Odenwaldkoalition“ bezeichnete Dreierbündnis auch einen Schwerpunkt der Koalitionsvereinbarung voranbringen, „die Herstellung von transparentem Verwaltungshandeln sowie der Bürokratieabbau“. Giebenhain verwies auf die im zurückliegenden Jahr beschlossene Informationsfreiheitssatzung.

Grüne kritisieren fehlende Mittel für Radwegebau

Davon unbeeindruckt legte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Dr. Jonas Schönefeld den Finger in die Wunde bei anderen Themen. „Die sich immer weiter verschärfende Klimakrise hat bestenfalls eine Statistenrolle“, lautete die Kritik. In Schubladen verharrten ebenso das Kreisentwicklungskonzept und die Wohnungsbaustrategie. Weitere Gründe für die Gegenstimmen der Grünen: Der Kreis investiere mit 2,64 Millionen Euro in diesem Jahr knapp eine Million mehr als zuvor in den Straßenbau, doch keinen Cent in den Ausbau von

Radwegen. Fehlanzeige auch bei der Beteiligung der Bürger in erneuerbare Energien, so Schönefeld.

„Wir besitzen herrliche Radwege durch den Wald. Es ist nicht nachvollziehbar, auch diese zu asphaltieren“, hielt Moritz Promny für die FDP-Fraktion dagegen. Das GZO bezeichnete er als „Damoklesschwert“. Der Odenwaldkreis „sei gut beraten, den Standort lautstark zu kommunizieren“.

Deutlich moderater fiel die Positionierung der CDU-Fraktion aus, für die ihr Vorsitzender Harald Buschmann das Mikrofon ergriff. Er beschränkte sich bei der Aufzählung der Themen auf wohlthuende Worte, um zu dem Ergebnis zu kommen, dass seine Fraktion den Haushalt in seiner Gesamtheit mittragen werde. Aufhorchen ließ die Abgeordneten seine Bemerkung am Ende. Diese Rede habe er unter Zuhilfenahme von Künstlicher Intelligenz in kurzer Zeit zusammengestellt.